

"Eurosklerose" oder makroökonomisches Politikversagen? : Zu den Ursachen der Wachstums- und Beschäftigungskrise in der EWU

Autor(en): **Truger, Achim**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **83 (2005)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341923>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Eurosklerose» oder makroökonomisches Politikversagen?

Zu den Ursachen der Wachstums- und Beschäftigungskrise in der EWU

1. Einleitung

Die Wirtschaft der Europäischen Währungsunion (EWU) hat gegenwärtig ungewöhnlich grosse Probleme, sich aus der Krise nach dem Konjunkturunbruch Ende 2000 zu lösen. Zudem ist das EWU-Trendwachstum schon seit ge-

Achim Truger

raumer Zeit rückläufig: Vergleicht man das letzte Jahrzehnt mit dem davor liegenden Jahrzehnt (siehe Tabelle 1), so stellt man fest, dass die durchschnitt-

liche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 2,7% auf 2,1% zurückgegangen ist, während die Arbeitslosenquote dementsprechend von 8,7% auf 9,6% gestiegen ist. Lediglich bei der Bekämpfung der Inflation gab es deutliche Erfolge; sie ging von 4,5% auf 2,2% zurück. In bemerkenswertem Kontrast dazu steht die Entwicklung in den USA: Aus einer schon deutlich besseren Ausgangsposition gelang es dort im letzten Jahrzehnt, die Wachstumsrate von 3,3% aufrecht zu erhalten. Zudem fiel die Arbeitslosenquote weiter auf 5,1% bei sehr geringer Inflation.

Tabelle 1: Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes, Arbeitslosenquote und Inflationsrate in der EWU und den USA, 1984–1993 und 1994–2003, Durchschnittswerte pro Jahr in %

	1984–1993 ¹⁾		1994–2003	
	EWU	USA	EWU	USA
Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes	2,7	3,3	2,1	3,3
Arbeitslosenquote	8,7	6,6	9,6	5,1
Inflationsrate (Verbraucherpreise)	4,5	3,8	2,1	2,4

Anmerkungen: ¹⁾1985 bis 1991: EWU inkl. Westdeutschland

Quelle: aktualisierte Fassung von Hein/Niechoj (2004) auf der Basis von Daten der EU-Kommission und der OECD.

**Aus empirischer
Sicht fehlt es an
überzeugenden
Beweisen für
die behaupteten
schädlichen
Wirkungen des
Sozialstaats.**

Für die meisten Beobachter scheint klar, worauf die absolut wie relativ schlechte wirtschaftliche Performance in der EWU zurückzuführen ist: Die Wirtschaft in den EWU-Staaten – zumal in den besonders langsam wachsenden grossen Volkswirtschaften Deutschland, Italien und Frankreich – leide unter «Eurosklерose». «Institutionelle Verkrustungen», d.h. ein überregulierter Arbeitsmarkt und ein leistungsfeindlicher Sozialstaat fesselten die Wirtschaft in der EWU. Dagegen könne sich die deregulierte und durch den Übergang zum «schlanken Staat» entfesselte Wirtschaft der USA frei entfalten. Entsprechend vernehmlich werden den trägen Europäern daher radikale Reformen, d. h. eine (weitere) Deregulierung und ein (weiterer) Abbau des Sozialstaates, anempfohlen, um ihre Wirtschaft wieder auf Trab zu bringen.

Allerdings mehren sich bei undogmatischen Beobachtern doch langsam die Zweifel an solchen Analysen: Aus theoretischer Sicht sind gerade im anglo-amerikanischen Mainstream der Volkswirtschaftslehre neu-keynesianische Ansätze dominierend, die makroökonomischen Instrumenten, wie der Geld- und Finanzpolitik, zumindest kurzfristig eine bedeutende Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung zuweisen. Aus empirischer Sicht fehlt es zudem an überzeugenden Beweisen für die behaupteten schädlichen Wirkungen des Sozialstaates. Gerade in Europa wird mittlerweile erkennbar, dass die erhofften segensreichen Wirkungen der Reformpolitik ausgeblieben sind. Könnte es sein, dass die ökonomischen Probleme der EWU nicht durch institutionelle Verkrustungen, sondern vielmehr durch makroökonomisches Politikversagen, d. h. Fehlentwicklungen bei Geld-, Finanz- und Lohnpolitik, hervorgerufen wurden?

Der vorliegende Beitrag versucht diese Vermutung zu belegen. Dazu werden zu-

nächst die theoretischen und empirischen Schwächen der «Eurosklерose»-Behauptung aufgezeigt. Daran schliesst sich eine post-keynesianische makroökonomische Interpretation der wirtschaftlichen Probleme in der EWU an. Schliesslich werden wirtschaftspolitische Konsequenzen skizziert.

2. Der monetaristisch-/neuklassische Ansatz ...

Oft steckt hinter der «Eurosklерose»-Sicht eine theorieferne, naive oder ideologische Überhöhung des «freien Marktes». Reflektiertere Vertreter verfügen immerhin über eine begründende makroökonomische Position, nämlich den monetaristisch-neuklassischen Ansatz. Dieser ist von zwei zentralen Ansichten bezüglich makroökonomischer Politik geprägt: erstens der grundsätzlichen Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit von Geld- und Fiskalpolitik und zweitens der Ablehnung jedweden Koordinationsbedarfes zwischen den wirtschaftspolitischen Akteuren. Vielmehr wird für eine klare Aufgabentrennung («Assignment») von jedem wirtschaftspolitischen Akteur zu genau einem Ziel gefordert.

Die Geldpolitik habe einzig und allein die Preisniveaustabilität zu sichern. Eine Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung komme ihr nicht zu. Eventuelle Versuche eines konjunkturpolitischen Einsatzes blieben entweder wirkungslos oder führten zu zusätzlicher Destabilisierung. Die Finanzpolitik solle Marktversagen verhindern und mittels schlankem Staat und niedrigen Steuern für einen anreizkompatiblen Ordnungsrahmen sorgen. Eine direkte Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung komme auch ihr nicht zu. Das Wachstum könne sie nur dadurch fördern, dass sie möglichst wenig in private Wirtschaftsabläufe eingreife und die Angebotsbedingungen

verbessere. Privatisierung, Deregulierung, Senkung von Steuern, Abgaben und Staatsquote sowie strenge Haushaltskonsolidierung seien die Mittel der Wahl. Die beschäftigungspolitische Verantwortung wird ganz auf dem Arbeitsmarkt verortet. Längerfristige hohe Arbeitslosigkeit wird auf zu hohe Reallöhne und eine falsche Lohnstruktur zurückgeführt, die wiederum durch staatliche und gewerkschaftliche Eingriffe in die Arbeitsangebotsbedingungen verursacht werden. Im Rahmen einer neoklassischen Gleichgewichts-Modellwelt wird Arbeitslosigkeit durch Marktunvollkommenheiten erklärt, die verhindern, dass sich auf dem Arbeitsmarkt ein markträumender Gleichgewichtsreallohnsatz herausbilden kann. Institutionen kollektiver Lohnbildung, gesetzliche und/oder tarifliche Regulierungen sowie das soziale Sicherungs- und das Steuersystem werden als lohntreibende Abweichungen vom reinen Markt und damit als Verursacher von Arbeitslosigkeit angesehen. Aus der monetaristisch-neoklassischen Sicht gibt es nur eine Konsequenz: Je weniger tarifliche, gesetzliche und sozialpolitische Regulierungen und Abweichungen vom vollkommenen Arbeitsmarkt es gibt, umso geringer ist die Arbeitslosigkeit. Daher muss der Arbeitsmarkt möglichst radikal dereguliert werden, und tiefe Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme sind notwendig.

Die monetaristisch-neoklassische Sicht war politisch höchst erfolgreich. Von wenigen Ausnahmen abgesehen lehnt sich die gesamte institutionelle Ausgestaltung der EWU eng an diese Vorstellungen an: Die Europäische Zentralbank (EZB) ist die unabhängigste Zentralbank der Welt, die prioritär einem sehr ehrgeizigen Ziel der Preisniveaustabilität von unter 2% verpflichtet ist. Die Finanzpolitik wird durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) begrenzt, der mittelfristig ausgeglichene oder überschüssige Haus-

halte und eine Begrenzung der Nettokreditaufnahme auf unter 3% des Bruttoinlandproduktes vorschreibt. Und in den jährlich beschlossenen Grundlinien der Wirtschaftspolitik werden Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktreformen gefordert.

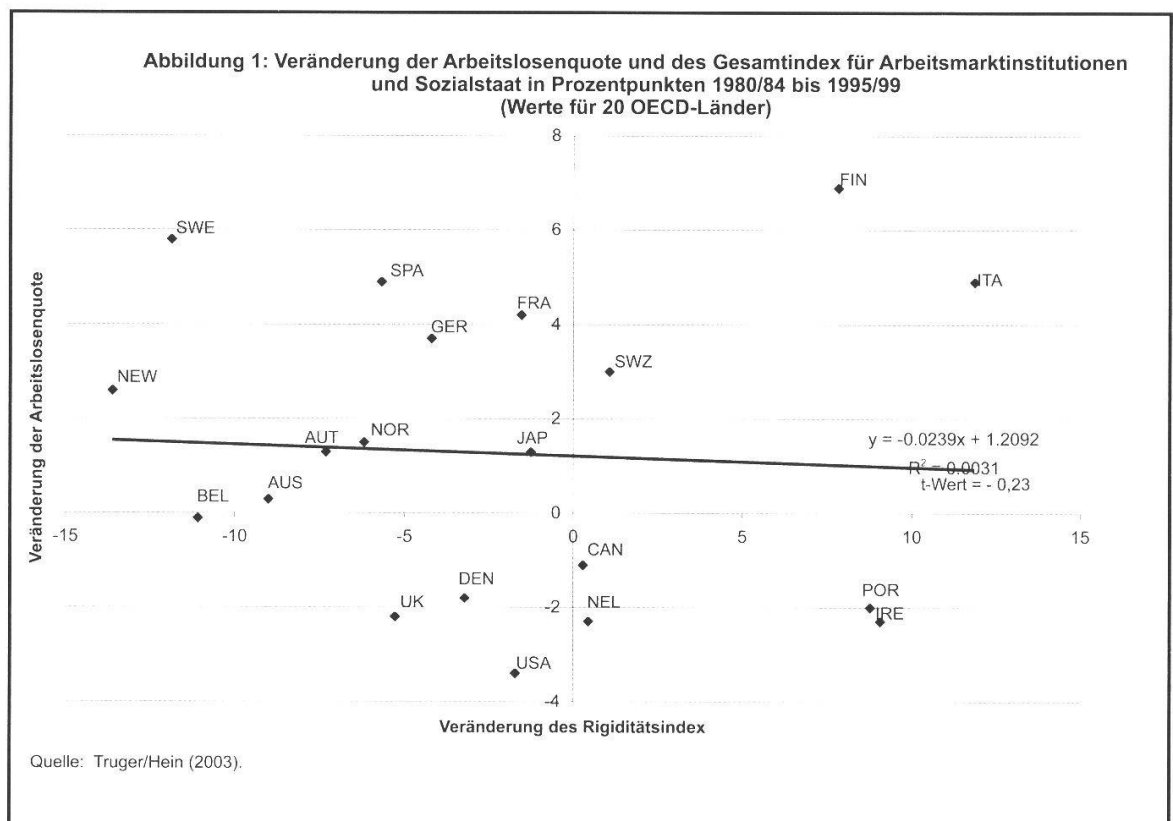
3. ... und seine Schwächen

Die Akzeptanz des monetaristisch-neoklassischen Modells im internationalen Mainstream ist spätestens seit Ende der 1980er-Jahre rückläufig. Im nunmehr dominierenden neu-keynesianischen Ansatz ist dagegen die zumindest kurzfristige Wirksamkeit von Fiskal- und Geldpolitik wieder weitgehend unbestritten. Vor allem der Geldpolitik wird eine zentrale Rolle bei der Konjunkturstabilisierung zugeschrieben. Zudem wird von vielen Ökonomen anerkannt, dass Versäumnisse bei der kurzfristigen Konjunkturstabilisierung auch mittel- bis langfristig negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben können.

Auch die postulierte Beziehung zwischen Arbeitsmarktregulierung und Sozialstaat auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite ist nicht mehr eindeutig, sobald man anstatt eines vollständigen neoklassischen Arbeitsmarktes die neuere Arbeitsmarkttheorie als theoretische Referenz heranzieht. So können sich «institutionelle Hemmnisse» wie der Kündigungsschutz oder eine grosszügige Arbeitslosenunterstützung durchaus als produktivitätssteigernd herausstellen, weil sie die langfristige Bindung der Arbeitnehmer an die Unternehmen erhöhen bzw. es Arbeitslosen ermöglichen, eine ihrer Qualifikation entsprechende Stelle zu finden.

Auch empirisch lässt sich in international vergleichenden Studien kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Arbeits-

**Kündigungsschutz
oder Arbeitslosen-
unterstützung
können sich
durchaus als
produktivitäts-
steigernd
herausstellen.**



marktinstitutionen, sozialen Sicherungssystemen und Arbeitslosigkeit belegen. Wenn eine Studie für eine bestimmte Institution einen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit ermittelt, findet sich meist eine andere Studie, die gerade für diese Institution keinen oder sogar einen umgekehrten Einfluss ausmacht. Außerdem scheinen häufig weniger Strukturmerkmale des Arbeitsmarktes als vielmehr länder- und zeitspezifische Faktoren für die Höhe der Arbeitslosigkeit verantwortlich zu sein. Zudem spielen in den meisten der ausgewerteten Studien makroökonomische Faktoren (Realzinsen, Inflationsraten, Grad der Zentralbankunabhängigkeit) eine wichtige Rolle.

Beispielhaft lassen sich die empirischen Schwächen der «Sklerose»-Hypothese durch Abbildung 1 verdeutlichen. Sie stellt für 20 OECD-Länder jeweils die Veränderung eines als Mittelwert von sechs gängigen Einzelindikatoren für institutionelle Verkrustungen konstruierten «Gesamt-Rigiditätsindex» der Veränderung der Arbeitslosenquoten von der ersten Hälfte der 1980er-Jahre bis zur zwei-

ten Hälfte der 1990er-Jahre gegenüber. Die einzelnen Werte liegen sehr verstreut – offenbar gibt es keinen klaren Zusammenhang. Obwohl etwa Deutschland und Dänemark annähernd den gleichen «Reformumfang» realisiert haben, stieg die deutsche Arbeitslosenquote um fast 4 Prozentpunkte, während die dänische um etwa 2 Prozentpunkte zurückging. Die Niederlande, Portugal und Irland konnten trotz zunehmender «Verkrustung» die Arbeitslosenquote ebenfalls um 2 Prozentpunkte verringern.

4. Der post-keynesianische Ansatz ...

Zum wenig überzeugenden monetaristisch-neuklassischen Konzept gibt es eine post-keynesianische Alternative: das Konzept der Koordinierten Makropolitik. Es beruht auf der gemeinsamen kurz- wie langfristigen Verantwortung von Geld-, Fiskal-, und Lohnpolitik für die Ziele Wachstum, Beschäftigung und Preisniveaustabilität und setzt auf eine Koordination dieser makroökonomischen Politikbereiche.

Im post-keynesianischen Ansatz werden Wachstum und Beschäftigung kurz- wie langfristig von der Entwicklung der effektiven Nachfrage bestimmt. Die Geldpolitik besitzt dabei über die Höhe des Zinssatzes zusammen mit den Gewinnerwartungen der Unternehmen kurz- und langfristig einen wesentlichen Einfluss auf die privaten Investitionen, die wiederum zentral für die effektive Nachfrage und das gesamtwirtschaftliche Wachstum sind. Die Finanzpolitik beeinflusst mit Staatseinnahmen und -ausgaben, insbesondere öffentlichen Investitionen, sowie durch Umverteilung ebenfalls kurz- wie langfristig die effektive Nachfrage. Letztere wiederum bestimmt dann erst über das Produktionsvolumen die Höhe der Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt ist im post-keynesianischen Ansatz also ein abgeleiteter Markt. Die Lohnpolitik hat keinen direkten Einfluss auf die Beschäftigung. Die auf dem Arbeitsmarkt von den Tarifparteien festgesetzten Nominallöhne bilden jedoch den zentralen Bestimmungsfaktor der Preisentwicklung: Bei gegebener Entwicklung der Arbeitsproduktivität und Zuschlagskalkulation der Unternehmen bestimmt der Nominallohnsatz das Preisniveau. Unter diesen Bedingungen ergibt sich dann die folgende interdependente Arbeitsteilung und damit ein Koordinationsbedarf zwischen den wesentlichen makroökonomischen Politikbereichen.

Die Tarifpolitik bestimmt größtenteils das Preisniveau und damit die Zielvariable der Zentralbank. Ist die Wachstumsrate der Nominallöhne grösser als die Summe von Produktivitätswachstumsrate und Zielinflationsrate der Zentralbank, wird also der Verteilungsspielraum überausgeschöpft, steigt die Inflationsrate, und die Zentralbank wird zu einer restriktiven Zinspolitik gezwungen. Wird dagegen Lohnzurückhaltung betrieben, kommt es entweder direkt zu Disinflation oder – bei nach unten teilweise

starrten Preisen auf den Gütermärkten – zu einer fallenden Lohnquote und damit zu sinkender effektiver Nachfrage, die wiederum die privaten Investitionen und damit Wachstum und Beschäftigung negativ beeinflusst. Daher sollte die Nominallohnpolitik sich an der Summe aus Produktivitätswachstum und Zielinflationsrate der Zentralbank orientieren, um so als Stabilitätsanker für das Preisniveau zu fungieren. Eine solche Orientierung verhindert zum einen Disinflation und Deflation, zum anderen wächst die Konsumnachfrage dadurch in etwa mit der Produktion. Damit kommt den Gewerkschaften eine wesentliche Aufgabe zu: Starke, makroökonomisch strategiefähige Gewerkschaften können aus post-keynesianischer Sicht über die Nominallohnpolitik die Zentralbank sowohl bei der Inflations- als auch der Deflationsbekämpfung wesentlich entlasten und zur Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung erheblich beitragen.

Solchermaßen durch die Tarifpolitik entlastet, kann auch eine auf Preisniveaustabilisierung verpflichtete Geldpolitik die im Aufschwung steigende Beschäftigung ohne Gefahren für die Preisstabilität tolerieren. Die Finanzpolitik schliesslich sollte konjunkturbedingte Haushaltsdefizite und -überschüsse hinnehmen, also die automatischen Stabilisatoren im Konjunkturverlauf voll wirken lassen und prozyklische Ausgabenpolitik ebenso meiden wie kurzfristige, diskretionäre Steuerungsversuche. Durch verstetigte staatliche Ausgaben, insbesondere öffentliche Investitionen, und Umverteilung zugunsten der ärmeren Haushalte mit hoher Konsumneigung sollte sie zur Stabilisierung und langfristigen Stärkung der Nachfrage beitragen. Die öffentlichen Investitionen können so weit langfristig kreditfinanziert werden, wie mit dem Ziel einer mittelfristig stabilen Schuldenstandsquote vereinbar.

Gewerkschaften können über die Nominallohnpolitik zur Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung erheblich beitragen.

5. ... und seine Stärken

Der Vorsprung der USA gegenüber der EWU lässt sich tatsächlich auf eine bessere makroökonomische Politik zurückführen.

Tatsächlich lässt sich – ganz im Sinne der post-keynesianischen Position – der Vorsprung der USA in der Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung gegenüber der EWU in den letzten beiden Jahrzehnten auf eine bessere makroökonomische Politik zurückführen, die eine höhere und stabilere Entwicklung der effektiven Nachfrage mit sich brachte (vgl. Tabelle 2). Erstens war die Geldpolitik in den USA deutlich expansiver ausgerichtet: Betrachtet man den kurzfristigen Realzinsatz (Leitzins minus Inflationsrate) als wesentliche Investitionsdeterminante und zieht die Wachstumsrate ab, um die zugrunde liegende wirtschaftliche Situation zu berücksichtigen, dann ist die Geldpolitik umso expansiver, je geringer die ermittelten Werte sind. Offenbar war die US-Geldpolitik in beiden Jahrzehnten deutlich wachstumsfreundlicher. Besonders expansiv war sie im letzten Jahrzehnt mit einer Zins-Wachstums-Differenz von -1,2. Die US-Zentralbank sorgt sich

mindestens gleichgewichtig um Preisniveaustabilität sowie Wachstum und Beschäftigung, während die EZB und vor ihr die deutsche Bundesbank prioritär das Ziel der Preisniveaustabilität verfolgten. Zweitens war auch die Lohnentwicklung in den USA makroökonomisch deutlich funktionaler, wie die Entwicklung der Arbeitseinkommensquote, d. h. grob gesprochen der Anteil der Arbeitseinkommen am Bruttoinlandsprodukt, zeigt. Die Entwicklung der Arbeitseinkommensquote gibt Aufschluss über die Tendenz der funktionalen Einkommensverteilung in einer Volkswirtschaft. Ein Nichtausschöpfen des Verteilungsspielraums, d. h. ein Zurückbleiben des nominalen Lohnstückkostenwachstums hinter der Inflationsrate hat bei gewissen Preisstarrheiten auf dem Gütermarkt einen Rückgang der Arbeitseinkommensquote zur Folge. Da die Sparquote aus Lohneinkommen geringer als die Sparquote aus Profiteinkommen ist, führt eine Umverteilung zu Lasten der Löhne zu einer Schwächung der Konsumnachfrage. Diesem

Tabelle 2: Indikatoren für die Ausrichtung von Geld-, Lohn- und Finanzpolitik in der EWU und den USA, 1984–1993 und 1994–2003, Durchschnittswerte pro Jahr in %

	1984–1993 ¹⁾		1994–2003	
	EWU	USA	EWU	USA
kurzfristiger Realzins minus reale BIP-Wachstumsrate (%-Punkte)	2,3	0,0	0,1	-1,2
Lohnstückkostenwachstum (%)	4,4	2,9	1,5	1,7
Arbeitseinkommensquote (%)	70,7	68,6	67,6	67,5
Anzahl der Jahre mit prozyklischer Finanzpolitik	7	5	4	2
Anteil der realen öffentlichen Investitionen am realen BIP (%)	2,9	3,3	2,5	3,1

Anmerkungen: ¹⁾1985 bis 1991: EWU inkl. Westdeutschland

Quelle: aktualisierte Fassung von Hein/Niechoj (2004) auf der Basis von Daten der EU-Kommission und der OECD.

unmittelbar kontraktiven Effekt auf das BIP-Wachstum stehen zwar indirekte expansive Effekte gegenüber. So ist etwa eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten. In grossen Volkswirtschaften mit geringem Offenheitsgrad wie den USA und der EWU dürfte dieser Effekt jedoch nur gering sein. Daher hat der durch eine besonders moderate Lohnentwicklung hervorgerufene Rückgang der Arbeitseinkommensquote in der EWU von 70,7% im vorletzten auf nur noch 67,7% im letzten Jahrzehnt deutlich die Konsumnachfrage und damit das Wachstum geschwächt. Demgegenüber ist die US-Arbeitseinkommensquote nur wenig gefallen, was die Konsumnachfrage und das Wachstum in den USA stabilisiert haben dürfte. Drittens schliesslich agierte auch die US-Finanzpolitik klar besser als in der EWU. Zunächst war sie in beiden Jahrzehnten deutlich konjunkturgerechter als in der EWU. Während sie in der EWU sieben bzw. vier Mal die Konjunktorentwicklung prozyklisch destabilisierte, war dies in den USA nur vier bzw. zwei Mal der Fall. Zudem entwickelten sich die besonders wachstumsträchtigen öffentlichen Investitionen in den USA deutlich stabiler und auf einem höheren Niveau als in der EWU.

6. Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen: Zur Notwendigkeit einer koordinierten Makropolitik in der EWU

Die schlechte wirtschaftliche Performance der EWU lässt sich auf makroökonomische Ursachen, d. h. einen restriktiven und schlecht koordinierten Politik-Mix zurückführen. Eine andere, makroökonomisch rationalere Politik tut not. Sie impliziert einen grundsätzlichen Bruch mit dem bisher praktizierten Politik-Mix. Dies erfordert die Abkehr von der auf Strukturreformen

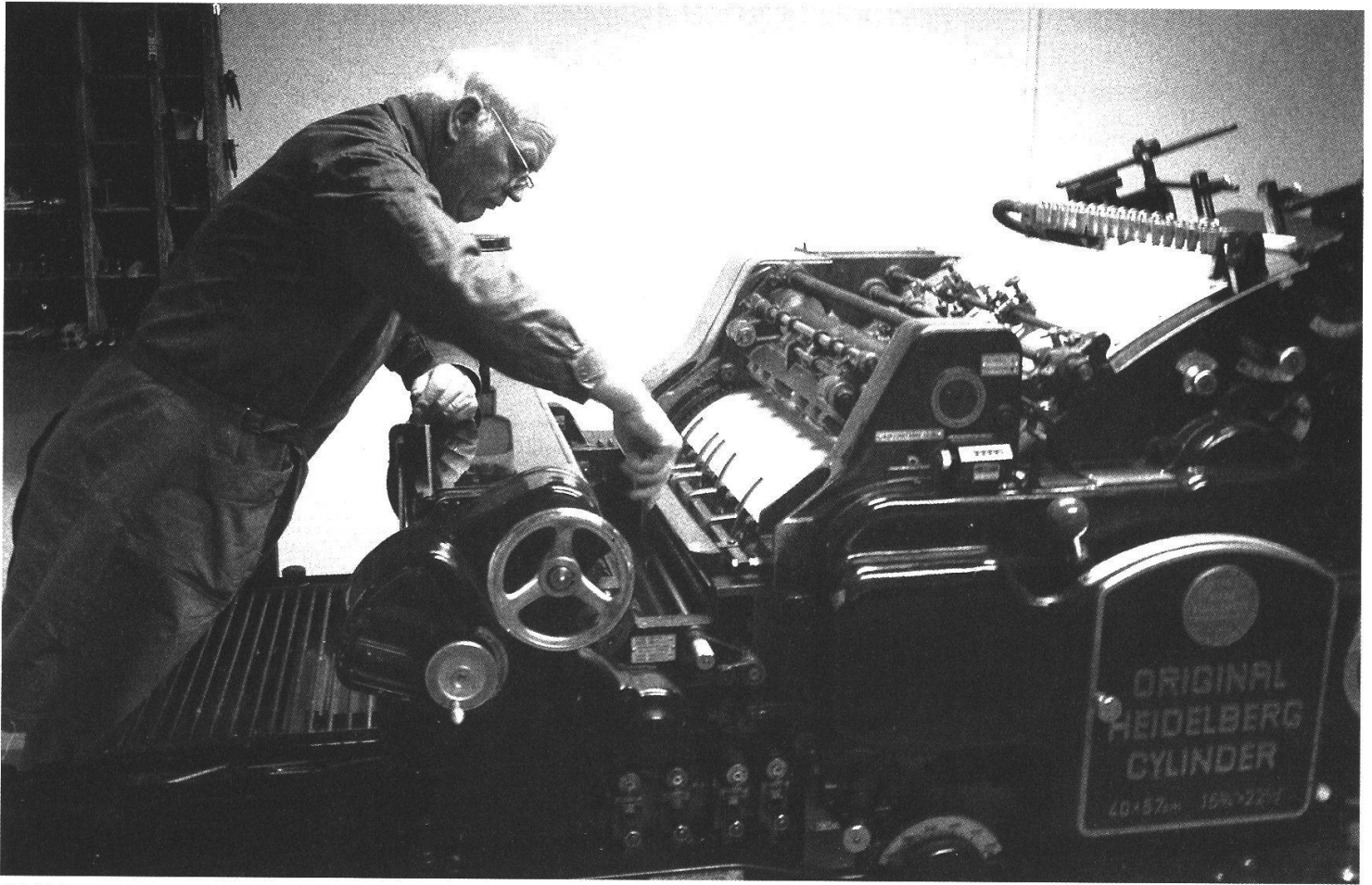
am Arbeitsmarkt und auf Differenzierung und Dezentralisierung der Lohnbildung ausgerichteten Politik und stattdessen eine Verbesserung der Bedingungen für strategiefähige Gewerkschaften und Unternehmensverbände, damit diese die gesamtwirtschaftlich orientierte Rolle der Lohnpolitik wahrnehmen können. Da eine solche Umorientierung der Tarifpolitik vor dem Hintergrund national sehr verschiedener Arbeitsmarktinstitutionen und einer noch sehr ausgeprägten nationalen Orientierung der Lohnpolitik bestenfalls langfristig wirksam werden kann, stehen kurzfristig Umorientierungen in der Geld- und der Finanzpolitik im Mittelpunkt. Zuerst muss die Geldpolitik der EZB grundlegend verändert werden. Das Inflationsziel muss erhöht und um ein gleichberechtigtes Wachstums- und Beschäftigungsziel ergänzt werden. Für die Fiskalpolitik muss eine Reform des SWP eine konjunktur- und wachstumsgerechte Finanzpolitik ermöglichen, ohne dabei langfristig die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen zu gefährden. Im Abschwung müssen die Spielräume erhöht und im Aufschwung verringert werden. Zudem müssen die Anreize für öffentliche Investitionen erhöht werden.

Weiterführende Literatur:

- Hein, E., Niechoj, T.: Die «Grundzüge der Wirtschaftspolitik» – Leitlinien für ein dauerhaftes Wachstum in der EU?, in: WSI Mitteilungen, 57. Jg., Heft 8/2004, S. 407–413.
- Hein, E., Truger, A.: Makroökonomische Koordinierung als wirtschaftspolitisches Konzept. Voraussetzungen und Möglichkeiten in der EWU, in: Hein, E. et al. (Hg.): Europas Wirtschaft gestalten. Makroökonomische Koordinierung und die Rolle der Gewerkschaften, Hamburg 2004, S. 15–50.
- Truger, A., Hein, E.: «Schlusslicht Deutschland» – Resultat institutioneller Verkrustungen?, in: Wirtschaftsdienst, 83. Jg., Heft 8/2003, S. 509–516.

Dr. rer. pol. Achim Truger, Jg. 1969, ist wissenschaftlicher Referent für Steuer- und Finanzpolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

**Eine makro-
ökonomisch
rationalere Politik
erfordert
einen Bruch
mit dem bisher
praktizierten
Politik-Mix.**



1985



2005



1985



2005